

mitarbeiten 03/2022

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.buergergesellschaft.de · www.mitarbeit.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Neuaufgabe



© Katharina Kühnel-Cebeci

Handbuch Aktivierende Befragung

Die Aktivierende Befragung ist eine in Deutschland mittlerweile vielfach erprobte Methode, die in der Gemeinwesenarbeit entwickelt wurde. Die Einwohnerinnen und Einwohner eines Quartiers oder Stadtteils werden nicht nur nach ihren Meinungen und Einstellungen befragt, sondern gleichzeitig angeregt und ermutigt, aktiv für ihre Interessen einzutreten. Die beiden Autorinnen der nun in fünfter Auflage vorliegenden Publikation werfen einen fachkundigen Blick in den Methodenkasten und geben wertvolle Tipps und Anregungen für die Praxis.

In Deutschland haben die soziale und politische Ungleichheit und Ausgrenzung in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich zugenommen. Vor diesem Hintergrund setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass es besonderer Anstrengungen bedarf, um eine gleichberechtigte demokratische Teilhabe sicherzustellen.

Die Frage, wie die Interessen, Ideen und Ressourcen von Benachteiligten berücksichtigt und wie marginalisierte Bevölkerungsgruppen besser erreicht werden können, beschäftigt inzwischen nicht nur die Gemeinwesenarbeit, sondern

zunehmend auch Menschen aus Politik, Verwaltung, (Wohnungs-)Wirtschaft, Wissenschaft und Lehre.

Dabei ist klar, dass inklusive Formen der Beteiligung wie die Aktivierende Befragung mehr denn je nötig sind, um Menschen, die am Rand unserer Gesellschaft und der politischen Arena stehen, für Beteiligung zu gewinnen und sie dabei zu unterstützen, ihre Interessen zu artikulieren.

Maria Lüttringhaus und Hille Richers machen in ihrem Handbuch deutlich, dass eine Aktivierende Befragung der Beginn eines längerfristigen Kooperationsprozesses mit

den Menschen vor Ort ist. In einem persönlichen Gespräch werden die Menschen in der Nachbarschaft nach ihren Meinungen und Bedürfnissen befragt und zugleich ermutigt, ihre Sichtweisen und Ideen aktiv zu vertreten und sich für deren Umsetzung zu engagieren.

Aktivierende Befragung ist kommunikatives Handeln. Sie ist aufsuchende soziale Arbeit, die an der Lebenswelt der Menschen im Quartier andockt. Der Aktionskern liegt bei den Praktiker/innen vor Ort, ihre stadtteilbezogene Arbeit kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie auf Kontinuität und Langfristigkeit angelegt ist und über entsprechende Ressourcen verfügt. Grundsätzlich sind Aktivierende Befragungen für die Autorinnen »offensive Einladungen zu einer lebendigen demokratischen Kultur«.

Zugleich lässt sich beobachten, wie der historisch gewachsene Begriff der Aktivierenden Befragung zu Missverständnissen einlädt und zunehmend inflationär gebraucht wird. An die Stelle einer aktivierenden Form der aufsuchenden Beteiligung tritt die reine Befragung der Einwohner/innen – oft delegiert an »Befragungs-Dienstleister«.

Eine nachhaltige und wirkungsvolle Aktivierung der Einwohner/innen gelingt in einem solchen Kontext kaum.

Doch wie funktioniert die Aktivierende Befragung im Alltag ganz konkret? Die beiden Autorinnen werfen im Buch zunächst einen historischen Blick auf die Entstehung der Methode, zeichnen die wissenschaftlichen Entwicklungslinien nach und stellen zentrale Akteure vor. Im Anschluss analysieren sie Möglichkeiten und Grenzen des Verfahrens und weisen auf klassische Stolpersteine

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

Konfliktbearbeitung...

im Prozess hin. Sie erläutern den üblichen Ablauf und geben so einen handlungsorientierten Einblick in den Methodenkasten sowie wertvolle Hilfestellungen für die Durchführung.

Wie läuft eine Aktivierende Befragung ab? Welche Voraussetzungen für Aktivierung und Partizipation müssen vor Ort gegeben sein? Welche qualitativen Mindeststandards gilt es in der Anwendung zu berücksichtigen? Wie lassen sich Bewohnerversammlungen aktivierend moderieren? Und nicht zuletzt: Wie gelingen aktivierende Gespräche an der Haustür? An dieser Stelle weisen die Autorinnen auf ein für Aktivierende Befragungen zentrales Merkmal hin, denn für den Erfolg der Gespräche ist es unerlässlich, sich offener Fragestellungen zu bedienen.

Die zahlreichen im Buch versammelten Praxisbeispiele und Erfahrungsberichte aus ganz Deutschland decken überdies ein breites methodisches Spektrum ab. Für deren Darstellung haben die Autorinnen kompetente Fachkollegen und -kolleginnen gewinnen können. Des Weiteren stellen Maria Lüttringhaus und Hille Richers ergänzend und abgrenzend Methoden vor, die auf einzelne Elemente der Aktivierenden Befragung zurückgreifen. Im Anhang finden sich zudem Hinweise auf Arbeitsmaterialien, weiterführende Literatur und nützliche Internetseiten.

Bei alldem wird das in der Methode liegende demokratische und partizipative Potential deutlich; aber auch, dass eine Aktivierende Befragung sorgfältiger Vor- und Nachbereitung bedarf. Die Autorinnen machen Mut, die Methode anzuwenden und liefern mit ihrem Buch das dafür nötige Handwerkszeug.

Maria Lüttringhaus, Hille Richers: Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Bonn 2022, 5. Auflage, Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 29, 260 S., ISBN 978-3-928053-82-2, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Planning for Real

Praxis eines gemeinwesenorientierten Beteiligungsverfahrens

Planning for Real ist ein beteiligungsorientiertes Planungsverfahren, welches seit einigen Jahren in Deutschland erfolgreich erprobt und angewandt wird. Die Autorinnen und Autoren der Publikation stellen anhand zahlreicher Praxisbeispiele die einzelnen Verfahrensschritte, die Arbeits- und Kommunikationsprinzipien sowie die klassischen Stolpersteine des Verfahrens ausführlich und anschaulich vor.

Planning for Real: Der Name der Methode lässt sich am besten mit »Planung von unten« oder »Aktiv für den Ort« übersetzen. Planning for Real orientiert sich an den Prinzipien der aktivierenden Gemeinwesenarbeit. Kerngedanke des Verfahrens ist die Partizipation der Menschen vor Ort: Planning for Real ermutigt Einwohner/innen bei der (Um-)Gestaltung ihrer unmittelbaren Wohn- und Arbeitsumgebung mitzuwirken – sowohl bei der Planung als auch bei der Umsetzung von Maßnahmen.

Der Ablauf gliedert sich idealtypisch in acht Schritte, die sich über einen Zeitraum von mehreren Wochen erstrecken. Ein grundlegendes Arbeitsprinzip ist die Verwendung visueller Hilfsmittel. Im Mittelpunkt steht dabei in der Regel der gemeinsame Modellbau, nachgebaut wird ein Ort, ein Gebäude oder eine ungenutzte Brachfläche. Über den Modellbau verschaffen sich die Akteure ein dreidimensionales Bild des gemeinsamen Themas, das Modell wird zum ständigen Arbeitsmittel, das fortlaufend erweitert und verändert wird.

Das Verfahren kann in sehr unterschiedlichen Bereichen angewendet werden: Wohn- und Wohnumfeldverbesserung, Nutzungskonzepte für Gebäude, bauliche und landschaftliche Gestaltung, Entwicklung von Stadtteilen und ländlichen Regionen oder Entwicklung von neuen Beschäftigungs- und Tätigkeitsfeldern. Klassische Auftraggeber sind Kommunalverwaltungen, die damit häufig auf Initiativen der

Einwohner/innen reagieren.

Das Verfahren ermöglicht ein gemeinsames, sach- und lösungsorientiertes Arbeiten von Bewohnerinnen und Bewohnern, öffentlichen Einrichtungen, von Politik, Verwaltung und Unternehmen einer Gemeinde. Das durch Planning for Real-Prozesse angeregte bürgerschaftliche Engagement schafft Lebensqualität vor Ort und kann durch innovative Handlungsansätze zu einer Stärkung der lokalen Demokratie und zu einer Revitalisierung der kommunalen Selbstverwaltung beitragen. Wie die Praxiserfahrungen zeigen, ist das Verfahren auch deshalb erfolgreich, weil es gelingt, die sektoralen und fachdisziplinären Grenzen und Planungsroutrinen zu überwinden. Die im Buch beschriebenen Praxisbeispiele illustrieren das gemein-

wohlorientierte und demokratiefördernde Potenzial der Methode: in allen portraitierten Kommunen hat sich Planning for Real als leicht zu lernendes, alltagstaugliches, lebensweltnahes und sozialraumorientiertes sowie sinnlich erfahrbare Instrument der Bürgerbeteiligung bewährt.

Claudia Schwarz et al.: Planning for Real. Praxiserfahrungen mit einem gemeinwesenorientierten Beteiligungsverfahren. Bonn 2018, 2. überarbeitete Auflage, Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 40, 142 S., ISBN 978-3-941143-08-1, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de



»Kinderstube der Demokratie«: Kinder- und Jugendbeteiligung

Kinder und Jugendliche wollen sich einmischen: in der Schule, an ihrem Wohnort, in der Kita, im Jugendzentrum, in ihrer Familie. Auch Kommunen finden mehr und mehr Wege, Kinder und Jugendliche vor Ort als Expertinnen und Experten in eigener Sache in lokale Demokratie einzubeziehen. Ein aktueller Themenschwerpunkt im eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft der Stiftung Mitarbeit widmet sich vor diesem Hintergrund der Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung und Mitgestaltung. Dieses demokratische Grundrecht wurde in den letzten Jahrzehnten in zahlreichen internationalen und nationalen Gesetzestexten festgeschrieben, so zum Beispiel in der UN-Kinderrechtskonvention, die Deutschland bereits im Jahr 1992 ratifiziert hat. Klar ist: Wo immer Kinder und Jugendliche in das politische und institutionelle Geschehen eingebunden sind, eröffnen sich ihnen vielfältige Handlungs- und Lernfelder. Partizipation ist dabei ein wichtiger Schlüssel für gelingende Aneignungs- und Bildungsprozesse.

Schon in Kindertageseinrichtungen erfahren Kinder, ob sie ernst genommen werden und Träger von Rechten sind oder nicht. Eine wichtige Aufgabe der frühkindlichen Bildung ist es demnach, Demokratie im Alltag einer Kindertageseinrichtung mit geeigneten Methoden erlebbar zu machen. Daniel Frömbgen ist Erzieher, Kindheitswissenschaftler und zertifizierter Multiplikator für Partizipation in Kindertagesstätten. Mit Bezug auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und entlang beispielhafter Alltagssituationen plädiert er in seinem Gastbeitrag dafür, Kindertagesstätten als »Kinderstuben der Demokratie« anzuerkennen und die Machtverhältnisse zwischen den pädagogischen Fachkräften und den Kindern so zu gestalten, dass eine angemessene Balance zwischen Selbstbestimmung und Fürsorgepflicht möglich ist.

Während die Beteiligung von Kindern in Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten oder anderen pädagogischen Einrichtungen vielerorts bereits zum Alltag gehört, stehen

Familien als natürliche Orte demokratischer Lernerfahrungen weniger im Fokus. Wie und was Familien zur Demokratiestärkung beitragen können, erläutern Laura Block und Annkristin Eicke vom Bundesforum Familie in ihrem Gastbeitrag.

Doch nicht nur Kinder und Jugendliche erfahren durch ein Mehr an Beteiligung einen Zugewinn. Auch für die am Prozess beteiligten Erwachsenen in Institutionen, Politik und Verwaltungen eröffnet eine qualitativ abgesicherte Partizipation wertvolle Erkenntnisse.

Bereits seit 2003 verpflichtet die Gemeindeordnung Schleswig-Holsteins die Kommunen zwischen Nord- und Ostsee dazu, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an lokalen Aushandlungsprozessen zu gewährleisten. Auch die Stadt Kiel hat in der Folge daran gearbeitet, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Aufgabe der gesamten Verwaltung zu etablieren und hat zu diesem Zweck unter anderem ein Kinder- und Jugendbüro ins Leben gerufen. Seit Juni 2022 schafft zudem eine eigene Leitlinie für Kinder- und Jugendbeteiligung einen verbindlichen Handlungsrahmen für Verwaltung und Politik. Das Team des Kinder- und Jugendbüros der Stadt Kiel beschreibt in seinem Gastbeitrag den Prozess zur Entstehung der

Leitlinie und erläutert, wie sich diese in die städtischen Bemühungen zur Schaffung einer kommunalen Beteiligungskultur einbettet.

Auch in Rastatt, einer Stadt in Baden-Württemberg mit rund 50.000 Einwohner/innen, werden seit dem Jahr 2017 Jugendliche mittels einer kommunalen Richtlinie für Jugendbeteiligung und mit hauptamtlicher Unterstützung strukturell in das politische Geschehen der Stadt eingebunden. Miguel Rodriguez, Leiter des Bereichs »Jugendförderung und Soziale Arbeit« der Stadt



© Carlo Bansini

Kinderbotschafter des Bürgerrats »Bildung und Lernen«

Rastatt, stellt in seinem Beitrag das Rastatter Konzept vor und zeigt auf, wieso bereits dessen dialogische Erstellung ein wichtiger Faktor für den späteren Erfolg gewesen ist.

Das Wahlrecht gilt als zentraler Modus politischer Inklusion. Zurzeit beschäftigt sich eine Kommission des Deutschen Bundestages mit der Zukunft des Wahlrechts. Die Bundesregierung plant, das Grundgesetz zu ändern, um das aktive Wahlalter für die Wahl zum Deutschen Bundestag auf 16 Jahre zu senken. Christian Brüninghoff, Referent für kommunale Jugendpolitik beim Landesjugendring NRW, widmet sich in seinem Gastbeitrag den Argumenten und den Vorurteilen, die in der Debatte um die Absenkung des Wahlalters häufig angeführt werden. Er ist sich sicher: Die Absenkung des Wahlalters ist ein demokratiepolitisch notwendiger und wichtiger Schritt hin zu einer kinder- und jugendgerechteren Gesellschaft.

Alle Beiträge der Autorinnen und Autoren im Netz unter www.buergergesellschaft.de/mitteilen/news/imfokus-archiv-der-gastbeitraege

Zivilgesellschaftliche Netzwerke aufbauen

Die Vernetzung von Akteursgruppen vor Ort ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor, um sich in einer Demokratie Gehör zu verschaffen. Es bedarf jedoch der sorgfältigen Vorarbeit, um ein funktionierendes Netzwerk zu initiieren und es braucht stabile Grundlagen, um als Netzwerk zu funktionieren. Netzwerke erfordern Strategie und umsichtige Planung, damit die eingesetzte Zeit und Energie der engagierten Menschen nicht verloren geht, sondern gut und gewinnbringend eingesetzt werden kann. Im zweitägigen

Seminar (18.–19. November 2022 in Stuttgart) widmen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor diesem Hintergrund unter anderem folgenden Fragestellungen: Was ist ein Netzwerk? Welche Ziele will das Netzwerk erreichen und was trägt zum Erfolg bei? Welche Menschen, Akteure und Ressourcen werden benötigt und warum? Und wie lässt sich Netzwerkarbeit praxisgerecht, demokratisch und nachhaltig gestalten?

Nähere Informationen bei Timo Jaster (jaster@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle



Online-Workshop · 25. November 2022, 10.00–16.30 Uhr

Kommune gemeinsam gestalten

Die Beteiligung der Einwohner/innen und stadtgesellschaftlichen Akteure an kommunalen Entscheidungs- und Kooperationsprozessen bietet eine Fülle an Chancen. Immer mehr Kommunen machen sich deshalb auf den Weg, Regelungen oder Leitlinien für die Bürgerbeteiligung zu erarbeiten. Es ist sinnvoll, in diesen Entwicklungsprozess von Beginn an Einwohner/innen und Vertreter/innen aus Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik einzubeziehen. Angesichts der unterschiedlichen Blickwinkel, Rollen, Erwartungshaltungen, Zielvorstellungen und Interessen der verschiedenen Akteure stellt die Initiierung und Realisierung entsprechender Aushandlungsprozesse allerdings auch eine Herausforderung dar. Im

Mittelpunkt des Online-Workshops steht deshalb die Frage, wie Prozesse zur Erarbeitung von gemeinsamen Leitlinien oder Regeln für die Bürgerbeteiligung in der Kommune angestoßen und ausgestaltet werden können. Wo liegen die Chancen, was sind mögliche Stolpersteine? Welche Themen und Fragestellungen werden bearbeitet, wie wird der Prozess ausgestaltet? Welche Akteure werden wie einbezogen? Die Veranstaltung richtet sich an Akteure aus Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft, die Prozesse zur Stärkung der Bürgerbeteiligung in ihrer Kommune anstoßen, konzipieren und gestalten möchten.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle



Online-Workshop · 11. und 12. November 2022, 14.00–18.00 & 9.00–13.00 Uhr

Arbeit im Verein: Erste Schritte

Gemeinschaftliches zivilgesellschaftliches Engagement in Initiativen und Projekten erfordert ein Mindestmaß an Institutionalisierung, wenn Wirkung und Erfolg des Anliegens verfestigt und angemessen mit Ressourcen ausgestattet werden soll. In aller Regel bieten die Gründung eines Vereins und die Anerkennung der Gemeinnützigkeit des Anliegens diese Voraussetzungen.

Der zweiteilige Online-Workshop befasst sich mit vereins- und gemeinnützigkeitsrechtlichen Gründungsfragen sowie den demokratischen Leit- und Gestaltungsprinzipien einer nachhaltigen Ver-

einbarung. Wie formuliere ich z.B. eine Satzung, die den gesetzlichen Regelungen, aber auch den eigenen Vorstellungen über Zielsetzung und Organisationsstruktur entsprechen? Welche Gestaltungsspielräume gibt es zur Entwicklung einer modernen, nachhaltigen und demokratischen Vereinskultur mit einer eigenständigen Selbstorganisationspraxis? Wie werden demokratische Teilhabe und transparente Kommunikation sichergestellt?

Nähere Informationen bei Beate Moog (moog@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle oder im Netz unter www.mitarbeit.de/vereinsgruendung_2022

Starthilfeförderung

Die Stiftung Mitarbeit vergibt seit vielen Jahren Starthilfeforschüsse an kleinere lokale Organisationen mit geringen eigenen finanziellen Ressourcen sowie an neue Initiativen und junge Vereine, die in den Bereichen Soziales, Politik, Bildung jenseits von Schule, Kultur und Umwelt innovativ tätig sind. Wesentlich dabei ist, dass beispielhaft aufgezeigt wird, wie Zusammenschlüsse von Menschen das Leben in unserer Gesellschaft mitbestimmen und mitgestalten können. Mit der Starthilfeförderung will die Stiftung Mitarbeit Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich an Gemeinschaftsaufgaben aktiv zu beteiligen und demokratische Mitverantwortung zu übernehmen. Dabei steht die Förderung von Aktionen und Initiativen im kommunalen Raum im Vordergrund. Über die Bewilligung entscheidet ein Gremium der Stiftung Mitarbeit mehrmals im Jahr. Antragsfristen für Starthilfeanträge 2023 sind der 27. Februar, 19. Juni und 23. Oktober.

Nähere Informationen bei Corinna Asendorf (asendorf@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle oder im Netz unter www.mitarbeit.de/starthilfe

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Am Kurpark 6
53177 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24–0
Telefax (02 28) 6 04 24–22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Prof. Dr. Angelika Vetter (Vorsitzende)

Konto: Volksbank Köln Bonn eG
IBAN: DE89 3806 0186 2010 5400 14
BIC: GENODED1BRS

Die Stiftung Mitarbeit wird gefördert vom Bundesministerium des Innern und für Heimat.